

Medienmitteilung: 25.10.2024

Einschneidende Sparmassnahmen bewirken Bildungsabbau

Die vorgesehenen Sparmassnahmen in der Volksschule sind einschneidende Eingriffe in die Qualität der Schulen im Kanton Solothurn. Sie führen zu einem massiven Bildungsabbau. Inakzeptabel ist insbesondere, dass mit der Begrenzung der Sonderschulplätze sogar eine weitere zusätzliche Massnahme beschlossen wurde. Der LSO fordert Korrekturen, um die Bildungsqualität im Kanton Solothurn zu erhalten und die Rahmenbedingungen für einen leistbaren, qualitativ guten Unterricht zu gewährleisten

Die Überarbeitung nach dem runden Tisch mit Parteien und Verbänden hat zu keinen wesentlichen Änderungen am Massnahmenplan zur Stabilisierung des Staatshaushalts geführt. Die Massnahmen im Bereich der Volksschule sind massiv.

Der Lektionenabbau auf der Primarstufe – vorgeschlagen ist Englisch – und auf der Sekundarstufe 1 bedeuten einen veritablen Bildungsabbau, welcher auf dem Buckel der Schülerinnen und Schüler erfolgt. Weniger Unterricht – weniger Bildung. Die Streichung der Finanzierung der Lektionen für den pädagogischen IT-Support ist ein vehementer Eingriff in den Digitalisierungsprozess der Volksschule und stellt den bisherigen Aufbauprozess in Frage. Gerade in einer Zeit wachsender multimedialer und digitaler Herausforderungen ist dies ein No-Go. Weitere Massnahmen im Bereich der Berufsbildung schaden dem Berufswahlprozess der Jugendlichen.

Immerhin wurde die Kürzung der Schülerpauschale, welche die Rahmenbedingungen und damit die Chancengerechtigkeit in den verschiedenen Schulträgern stark geschwächt hätte, vorerst zurückgestellt. Gleichzeitig wurde aber auch eine zusätzliche Massnahme beschlossen. Der Kanton will eine Obergrenze bei den Sonderschulplätzen einführen. Dies wird die bereits sehr belasteten Regelklassen massiv zusätzlich belasten und eine gelingende Integration erschweren.

Die geplanten Sparmassnahmen stehen diametral zu den Herausforderungen der Volksschule und schaden den weiteren Bewältigungs- und Entwicklungsprozessen, insbesondere auch dem Aktionsplan Volksschule. Der LSO erwartet, dass sich die Regierung zu einer starken Volksschule bekennt, welche die Bedürfnisse aller an den Schulen Beteiligten ins Zentrum stellt, und die Ressourcen und Rahmenbedingungen entsprechend ausgestaltet.

Weiter Auskünfte:

Mathias Stricker, Präsident LSO, 078 633 48 23

Sylvia Sollberger, Geschäftsführerin LSO, 032 621 53 23